

Sternstunden der Demokratie

Medienstars in der philippinischen Politik und wie die traditionelle Politik reagiert

von **Sheila S. Coronel**

Die momentane Fixierung auf Berühmtheiten ist dabei, die Trapos zu verdrängen, die immer noch gesund und munter sind

Jeder, der die heutigen philippinischen Wahlen verfolgt, ist geblendet von schillernden, berühmten Persönlichkeiten. Wie sollte es auch anders sein? Obwohl Filmstars schon in der Vergangenheit an Wahlen beteiligt waren, so wetteiferten noch nie zuvor so viele von ihnen um nationale oder lokale Ämter.

Die Stars aus Funk, Film, Fernsehen und Sport sind derart prominent und auffallend, dass sie auf der nationalen Politikbühne alle anderen Akteure verdrängen.

Die Dominanz der Stars der Unterhaltungsindustrie in der philippinischen Politik spiegelt, so die mehrheitliche Ansicht, einen grenzenlosen Populismus wieder, eine Demokratie die vollständig besessen ist von Berühmtheiten. Daher überrascht es nicht, dass es ausländischen Kommentaren schwer fällt, die Philippinen ernst zu nehmen. Stattdessen stürzen sie sich auf die Verrücktheit und Oberflächlichkeit der philippinischen Politik und benennen die Unfähigkeit, sich auf Themen und Sachfragen zu konzentrieren.

In Singapur, Malaysia und anderswo, werden die Philippinen zum Gespött und als bestes Argument gegen eine Demokratie mit zu vielen Freiheiten gehandelt, als lebendes Beispiel dafür, was in einer Demokratie alles schief laufen kann. Einheimische Kommentare für ihren Teil verzweifeln am Wahlverhalten der Armen, welche sich von den Leinwandlösern blenden lassen, die ihnen die Befreiung von den Beschwerden des Lebens versprechen.

Die Autorin ist Journalistin beim Philippine Center for Investigative Journalism in Manila.

Mangel an Demokratie

Das Bild einer völlig durchgeknallten Demokratie ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Es ist keinesfalls so, dass die Philippinen zuviel Demokratie haben, sondern vielmehr so, dass es zu wenig davon gibt. Die breite Bevölkerung hat nicht zuviel Macht, sondern keine. Über die Jahre hinweg sind Macht und Wohlstand auf einen nur kleinen Teil der Bevölkerung verteilt geblieben und das Missverhältnis zwischen einer überentwickelten Wahlpolitik und einer unterentwickelten gesellschaftlichen Basis für die Demokratie hat sich festgefahren.

Das politische System wird dadurch in zwei entgegengesetzte Richtungen gedrückt: Auf der einen Seite steht der lärmende und rudimentäre Populismus und auf der anderen Seite die sich vertiefende Ungleichheit in der Bevölkerung. Dieses Stossen und Ziehen in unterschiedliche Richtungen belastet das System derart, dass früher oder später eine Seite nachgeben muss.

Doch die beiden Gegensätze stehen gleichzeitig eng miteinander in Verbindung und verstärken sich gegenseitig. Die Wählerschaft ist derart starbesessen, weil ihnen die Politiker der alten Schule und deren Politik nur Leid bereitet haben. Links liegen gelassen sucht die arme Bevölkerung nach Erlösung außerhalb des Systems, das sie ausgeschlossen hat. Die Begeisterung für Fernando Poe Jr. in den untersten Schichten ist keine Fanclub Hysterie, sondern eine Rebellion gegen die Wohlhabenden und Mächtigen.

Es ist daher nicht richtig zu behaupten, dass die derzeitigen Wahlen sich nicht mit Sachfragen beschäftigen. Die Wahl von Berühmtheiten ist ein essentieller Ausdruck von Protest und steht gleichzeitig für den Wunsch nach mehr Einbeziehung in das politische System.

Suche nach neuen Führern

Warum aber sollte eine solche Rebellion in einer solchen Form stattfinden? Das lässt sich mit den tiefgreifenden Veränderungen die im politischen Gemeinwesen stattgefunden haben erklären. Die schnelle Verstädterung, die zunehmende Mediendurchdringung, der Niedergang der Landwirtschaft und traditioneller Machtbeziehungen sowie der Aufstieg neuer gesellschaftlicher Kräfte und Bewegungen, verändern die Art und Weise wie Wahlen bestritten werden. Die Wähler suchen nach neuen Führern und die Wahl von Berühmtheiten ist Ausdruck dieses unterbewussten Wunsches.

Die Massenmedien haben zum großen Teil die Durchdringung der philippinischen Politik mit Berühmtheiten zu verantworten. Sie sind letztendlich diejenigen, die den Star Kult antreiben und von ihm profitieren. Indem sie Diskussionen angestoßen und die Verkommenheit des politischen Lebens offengelegt haben, haben sie viele Menschen zynisch im Bezug auf Politik werden lassen und die traditionellen Politiker, die Trapos, in den Augen der Öffentlichkeit dämonisiert.

Den Wählern waren somit Bildung, politische Erfahrung und alt-

hergebrachten Wohlstand bei der Wahl ihre nationalen Vertreter ein Dorn im Auge. In Anbetracht dessen, dass die politischen Parteien nicht in der Lage waren, die Zugehörigen unterer Schichten zu mobilisieren, bzw. ihnen alternative Führungspersönlichkeiten und politische Standpunkte zu bieten, wandten sich die Wähler den Stars zu.

Alles beim Alten

Das heißt allerdings nicht, dass die Zeiten der Trapos vorbei ist. Sie sind noch sehr aktiv und koexistieren fröhlich mit den Berühmtheiten, die ihrerseits früher oder später als Trapos in einem paillettenbesetzten Gewand enden. Die Starparade hat zwar dazu geführt, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Berühmtheiten konzentriert, doch es ist immer noch so, dass auf der Bezirks- und Gemeindeebene die Maschinerie traditionelle Politik basierend auf Geld und Patronage nicht nur existiert, sondern sich auch durchsetzt.

Das Repräsentantenhaus ist nach wie vor die größte Versammlung von Trapos und deren Widerstandsfähigkeit zeigt sich dort am besten.

In Wahrheit ist das politische System seit 1986 rückschrittlich. Der beste Beweis dafür ist der Wohlstand der Mitglieder der Legislative. Während nämlich die Armutsrate seit dem Sturz von Marcos etwa gleichgeblieben ist, sind die Mitglieder der Legislative reicher als jemals zuvor. Einfacher ausgedrückt, eine Multimillionärsversammlung erlässt die Gesetze für ein armes Land. Die Demokratie hat somit nur die Reichen bereichert.¹

Der Mandatswechsel in der Legislative verläuft ebenfalls schleppend, obwohl es verboten ist, mehr als drei aufeinanderfolgende Legislaturperioden lang ein Amt auszuüben. Zwischen 1946 und 1961 gab es im Durchschnitt jeweils 51 Prozent neue Mitglieder im Kongress. Diese Rate hat sich auf 46 Prozent verringert. Außerdem stammen zwei von drei Mitgliedern im Repräsentantenhaus aus Politikerfamilien. Die größte Mehrheit sind Politiker in der zweiten oder dritten Generation, deren Eltern und Großeltern schon Ämter innehaten bzw. -haben.

Im Bezug auf den Senat ist es allerdings so, dass politische Klans ihre Macht verloren haben. Der Senat war früher den wohlhabendsten und ältesten Familien des Landes vorbehalten, doch seit dem Sturz von Marcos kann er als eine Domäne der Glitzerwelt gelten. Die heutigen Senatoren sind keine Landbesitzer oder Wirtschaftsmagnaten mehr, sondern eher Medienlieblinge und Filmstars. Neun Senatoren bzw. fast 40 Prozent der Kammer verdanken ihre Wahl dem Berühmtheitsfaktor, entweder weil sie selbst berühmt sind oder weil sie mit Berühmtheiten verheiratet sind. Auffällig bei den Senatoren der letzten Jahre ist zudem, dass sie eher aus neureichen als aus traditionell wohlhabenden Familien kommen.

Doch trotz seiner Loslösung von traditioneller Politik und alten politischen Familien ist der Senat nicht zwangsläufig demokratischer. Zum einen tendieren Senatoren dazu, reicher zu sein als Abgeordnete des Repräsentantenhauses, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass die Kandidatur für den Senat ungleich kostenintensiver ist als die Kandidatur für das Abgeordnetenhaus. Familienherkunft und althergebrachter Wohlstand wurden zwar als die primären Voraussetzungen für einen Platz im Senat abgelöst, doch die neue Exklusivität die nun den Senat beherrscht ist die Exklusivität der Berühmtheit.

Zwischen Alt und Neu

All dies veranschaulicht die zwei gegenläufigen Tendenzen, welche die Politik des Landes derzeit bestimmen. Die erste Tendenz geht in Richtung Neuerung: Die Notwendigkeit eines wohlbekannten Namens und dessen fortwährende Erwähnung während der nationalen Wahlen, macht es Filmstars und Personen des öffentlichen Interesses leichter und alteingesessenen Politikern schwerer, gewählt zu werden. Die zweite Tendenz steht im Sinne des Alten: Auf Bezirks- und Gemeindeebene bleibt traditionelle Patronagepolitik fest verwurzelt und begünstigt Politikerfamilien.

Als es auf die Wahlen 2004 zugeht, wurde deutlich, dass die Berufspolitiker keine Chance gegen die

Berühmtheiten haben würden, vor allem auf nationaler Ebene. Sie gewannen somit die Einsicht, dass das System geändert werden müsse und sei es nur zur Selbsterhaltung. Auf einem politischen Gipfel 2002 verständigten sich die größten Parteien darauf, dass es dringend notwendig sei, politische Reformen und Reformen im Wahlsystem zu verabschieden. Sie waren sich ferner darin einig, dass starke, stabile Parteien die Lösung seien, die Vorherrschaft von Berühmtheiten in der philippinischen Politik zu beenden. In den darauffolgenden Monaten wurden verschiedene Gesetze erlassen, welche die Wahlkampffinanzierung, die Parteibezuschung und ähnliches regelten. Gleichzeitig wurden auch Gesetze, welche die Rahmenbedingungen für ein stabiles Parteiensystem schaffen sollten, initiiert. Überraschenderweise wurden auch einige der umstrittensten Bestimmungen angenommen, nämlich das Verbot des Parteiwechsels und harte Strafen für Wendehälse.

Der Opportunismus, der früher noch toleriert worden war, hatte in zunehmendem Maße ein Problem für den Zusammenhalt von Parteien dargestellt. Die Parteispitzen hatten diese, ihren Interessen gegenläufige, Tendenzen erkannt und sich zum Handeln gezwungen gesehen.

Im Moment befindet sich das politische System der Philippinen in einer Pattsituation. Zwei Dinge können passieren. Reformen können veranlasst werden, in welchem Fall, es eine echte Chance für wahrhaft demokratische Politik gäbe, oder die Dinge bleiben, wie sie sind. Dann wird das System bis an seine Grenzen gespannt werden, bis es schließlich dem Druck nicht mehr standhalten kann und zerbricht. Früher oder später.

Übersetzung: Susanne Feser

Anmerkung:

1) Im Jahr 1962 zählten nur 27 Prozent der Abgeordneten zur Oberschicht. 1992 waren es schon 44 Prozent. Mit den Jahren hat das Vermögen der Mitglieder der Legislative stetig zugenommen. Ein Viertel der Senatoren haben heute ein durchschnittliches Vermögen von über 100 Millionen Peso.